Freiberger Anzeiger

und Tageblatt

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortliche Leitung: Georg Burkhardt.

50. Jahrgang.

№ 25. | Erscheint jeden Wochentag Abends 1/4 6 Uhr für den anderen Tag. Preis vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg. zweimonatlich 1 Mk. 50 Pfg. u. einmonatlich 75 Pfg. | **Dienstag, den 1. Februar.** | Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen. Preis für die Spaltzeile 13 Pfg. Außerhalb des Landgerichtsbezirks 15 Pfg | **1898.**

Achtung.

Es ist wichtig, zu erfahren, was der des Mordes an der verw. **Köhler** in Großvoigtsberg verdächtige Cigarrenmacher **Emil Eduard Peschke** seit Sonnabend den 22. Januar Abend getrieben, wo er sich aufgehalten, mit wem er gesprochen, was für Gegenstände er bei sich geführt hat und dergleichen mehr. Ich ersuche Jeden, der in diesen Richtungen Auskunft geben kann, mir oder dem nächsten Gendarm oder Gemeindevorstand schleunigst Mittheilung zu machen.

Freiberg, den 31. Januar 1898.

Der Untersuchungsrichter beim Kgl. Landgerichte.
Schickert.

Die Grundsteuer und die Anlage vom Grundbesitz

für 1. Termin 1898 ist mit 2 Pfennig von jeder Steuereinheit beziehentlich mit 1 Prozent des festgestellten Nutzertrages in der Zeit **vom 1. bis mit 14. Februar d. J.** an das Stadtsteueramt hier **zu entrichten.**

Freiberg, am 29. Januar 1898.

Der Stadtrath.
Dr. Schroeder.

Bekanntmachung.

Die **Wassersteuer auf das 4. Vierteljahr 1897** ist zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung nunmehr spätestens

bis zum 11. Februar 1898

an die hiesige **Gas- und Wasserwerks-Kasse** zu entrichten.

Freiberg, am 29. Januar 1898.

Der Stadtrath. M.

Bekanntmachung.

In der Verwaltung des städtischen Armenwesens wurden zu Ende des vorigen und Beginn dieses Jahres verpflichtet:

a) **als Distriktsvorsteher**

für den III. Distrikt Herr Lohgerbermeister **Stahr,** Untermarkt 20,
„ „ VIII. Distrikt Herr Bergrechnungs-Revisor **Pilz,** alte Frauensteinerstraße 34D,

b) **als Armenpfleger**

für die **11.** Pflegschaft Herr Lehrer **Hennig,** Nonnengasse 3,
„ „ **33.** Pflegschaft Herr Färbermeister **Jahn jun.,** Färbergasse 5,
„ „ **34.** Pflegschaft Herr Sattlermeister **Kunze,** Bahnhofstraße 3,
„ „ **35.** Pflegschaft Herr Sekretär **Mende,** Bahnhofstraße 33,
„ „ **37.** Pflegschaft Herr Lehrer **Fritzsche,** Humboldtstraße 11,
„ „ **100.** Pflegschaft Herr Musikus **Zimmer,** Meißnergasse 38 und
„ „ **109.** Pflegschaft Herr Lehrer **Stirl,** Frauensteinerstraße 21.

Ferner hat
Herr Böttchermeister **Heyde** statt der 27. Pflegschaft die **25.** Pflegschaft und
Herr Seifenfabrikant **Görne** statt der 33. Pflegschaft die **27.** Pflegschaft
übernommen.

Freiberg, am 31. Januar 1898.

Der Stadtrath.
Dr. Schroeder.

Stangen- und Brennholz-Versteigerung im Hospitalwalde.

In der Schankwirthschaft **„Fernestechen"** sollen

Montag, den 7. Februar d. J. von früh 9 Uhr an:

80,30 Hundert fichtene Stangen von 2—7 cm Unterstärke
9,07 „ „ „ „ 8—15 „ „ } Abthlg. 1, 12, 13, 14, 16,

und

Dienstag, den 8. Februar d. J. von früh 9 Uhr an:

246½ rm h. u. w. Brennscheite, Rollen und Zacken
37 „ w. Stöcke
192 „ h. und w. Reisig
1,70 Wellenh. h. Reisig } Abth. 1, 4, 11, 12, 13, 14, 16,

gegen Baarzahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Freiberg, den 29. Januar 1898.

Der Stadtrath.
Abtheilung für Forstsachen.
Lohse.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Christiane Henriette verehel. Anders,** verw. gew. Behnisch geb. Ludwig, eingetragene Grundstück, Folium 55 des Grundbuchs für Helbigsdorf, Nr. 40 des Brandkatasters und Nr. 157a, 157b, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272 und 273 des Flurbuchs für Helbigsdorf, 11 ha 40,60 a — 20 Acker 183 □R. groß, mit 274,76 Steuereinheiten belegt, geschätzt auf 15000 Mk. — soll im hiesigen Amtsgerichtsgebäude zwangsweise versteigert werden. Es ist

der 7. März 1898, Vormittag 9 Uhr,
als Anmeldetermin,
der 23. März 1898, Vormittag 9 Uhr,
als Versteigerungstermin,

und

der 2. April 1898, Vormittag 9 Uhr,
als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans

anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstücke lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Anmeldetermine anzumelden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldetermine in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Brand, den 27. Januar 1898.

Das Königliche Amtsgericht.
Aff. **Bauer.** Schilling.

Auktion in Mulda.

Mittwoch, den 2. Februar 1898, Vorm. 10 Uhr sollen in **Mulda** folgende Gegenstände, als: **1 eis. Sägegatter, 22 Waschmaschinen, 11 Pultschränke, 1 Wringer und 12 Stellpulttaschen** gegen Baarzahlung zur Versteigerung gelangen.

Versammlungsort: **Klemm's Restauration.**

Brand, am 30. Januar 1898. **Silbermann.** Gerichtsvollzieher.

Holzversteigerung auf Borstendorfer Staatsforstrevier.

(Leubsdorfer Parzellen.)
Gasthof „zur Friedensiche" in Leubsdorf.
Donnerstag, den 10. Februar 1898

Vormittags 9 Uhr.

109 fi. Stämme von 10—29 cm Mittenstärke,
16 rothbuch., 9 weißbuch., 4 eich. u. 2 birk. Klötzer von 15—44 cm Oberstärke,
1013 fi. Klötzer von 13—36 cm Oberstärke,
2667 „ Schleifhölzer „ 7—12 „ „
3715 „ Derbstangen „ 8—15 „ Unterst.,
7530 „ Reisstangen „ 3—5 „ „

Nachmittags ½3 Uhr.

1 rm fi. u. 4 rm buch. Nutzscheite und Nutzknüppel,
21 rm weiche Brennscheite,
15 „ harte u. 40 rm weiche Brennknüppel und Zacken,
12 rm harte und 73 rm weiche Aeste,
540 Gebund hartes Abraumreisig,
5560 „ weiches „

aufbereitet auf den Kahlschlägen der Abth. 48, 63 74 und in den Durchforstungen der Abth. 56, 64, 68 bis 72, 75, 76.

Kgl. Forstrevierverwaltung Borstendorf u. Kgl. Forstrentamt Augustusburg,
den 27. Januar 1898. (I. C 369.)

Rehschuh. **Seyfert.**

Bekanntmachung für Hilbersdorf.

Diejenigen Kinder des hiesigen Schulbezirkes, welche bis zum 30. Juni d. J. das 6. Lebensjahr erfüllen, sind bis zum 28. Februar d. J. bei Herrn Kirchschullehrer **Liebing** hier anzumelden. Für alle Anzumeldenden ist der Impfschein, für solche, die nicht in Hilbersdorf geboren sind, auch die standesamtliche Geburtsurkunde nebst Taufbescheinigung beizubringen.

Hilbersdorf, am 26. Januar 1898.

Der Schulvorstand.
Eischer, Vors.

Politische Umschau.

Freiberg, den 31. Januar.

Deutschland. Ein besonderes Interesse gewährte in der gestrigen Sitzung der Kommission für die Militärstrafprozeßordnung die Erklärung des preußischen Kriegsministers über die Stellung des Kaisers zur Frage der Oeffentlichkeit. Es zeigt sich, daß der Kaiser ganz anders zu der Frage steht, als von den Heißspornen, wie von den Gegnern der Reform früher geflissentlich verbreitet wurde. Die Bestimmung des Entwurfs, daß die nähere Präzisirung der Fälle, in denen im Interesse des Dienstes die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden soll, dem Kaiser überlassen bleibt, wurde von der Linken dahin gedeutet, daß dadurch die zugestandene Oeffentlichkeit wieder beseitigt werden sollte. Abg. Haase (Sozd.) beantragt im Anschluß an § 139 der bayerischen Militärstrafgerichtsordnung im Falle des Ausschlusses der Oeffentlichkeit aus militärdienstlichem Interesse die unbedingte Zulassung des Verletzten, und auf Wunsch des Angeklagten auch noch von drei Verwandten, Verschwägerten oder Freunden. Kriegsminister v. Goßler erklärt: Der Kaiser habe die Oeffentlichkeit in vollem Umfange zugestanden, aber die gutachtlich gehörten Generalkommandos haben sich im militärischen Interesse dagegen erklärt. Dennoch sei der Kaiser bei seiner Ansicht verblieben, habe sich aber gegen die bayerische, jetzt von den Sozialdemokraten beantragte Vorschrift ausdrücklich erklärt mit der Begründung, daß, wenn die Oeffentlichkeit zugestanden werde, sie auch in vollem Umfange gewahrt werden müsse. Das dem Kaiser vorbehaltene Recht stelle sich als freiwillige Beschränkung des kaiserlichen Rechts dar, denn der Kaiser habe das Recht, Ausführungsbestimmungen zu treffen. Die Vorschrift des Entwurfs beschränke ihn nun darauf, nur die Voraussetzungen für den Ausschluß der Oeffentlichkeit aus dem Gesichtspunkte der Disziplin zu erfüllen. Der Kaiser betrachte es als eine seiner unwürdige Annahme, an seinen Worten zu zweifeln. Wenn er die Oeffentlichkeit zugestanden habe, so wolle er sie auf Umwegen nicht wieder ausschließen. Abg. Dr. Lieber (Ctr.) erklärte, das wesentlichste Bedenken gegen die Vorlage sei durch die Erklärung des Kriegsministers beseitigt. Abg. Spahn (Ctr.) betont, daß es geboten erscheine, schon in der ersten Lesung zu einer Verständigung mit der Regierung zu kommen. Der Antrag Haase wurde darauf abgelehnt.

Der Reichstag, der am Sonnabend seine Sitzung in Anwesenheit von 7 Mitgliedern begann, welche sich allmälig — unter Schwankungen der Präsenzzahl auf etwa dreißig vermehrten, hat in zweiter Lesung die Berathung des Etats für das Reichsamt des Innern bei dem Kapitel „Patentamt" fortgesetzt. Abg. Hammacher (nationall.) weist darauf hin, daß die Zahl der Beamten bei dem Patentamt nicht ausreiche. Die Arbeiten würden jetzt schon langsam erledigt, weil die Beamten überlastet seien. Eine andere Frage sei die der sogenannten Patentanwälte, die nicht immer die Qualifikation hierzu hätten und zu vielfachen Klagen Anlaß gäben. Die Vortheile der internationalen Patentunion seien unverkennbar, die Regierung habe dies ja auch anerkannt, indem sie mit einzelnen Staaten Patentabkommen abgeschlossen habe. Staatsminister Graf Posadowsky führt aus, die Regiernng habe schon erwogen, ob nicht eine weitere Verstärkung des Beamtenpersonals bei dem Patentamt nothwendig sei. Wenn die Arbeiten wie bisher anhielten, werde im nächsten Jahre eine weitere Vermehrung gefordert werden. Die Frage der Patentanwälte liege ihm sehr am Herzen; sie solle auf gesetzlichem Wege geregelt werden, und es werde wahrscheinlich schon dem nächsten Reichstage eine Vorlage hierüber zugehen. Von der internationalen Patentunion habe sich Deutschland bisher ferngehalten, weil verschiedene seiner Forderungen nicht hätten erfüllt werden können. Schon auf dem Kongreß in Brüssel sei man aber diesen Forderungen sehr freundlich entgegengekommen, so daß der Anschluß Deutschlands an die Union in größere Nähe gerückt sei. Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt" kommt Abg. Molkenbuhr (sozdem.) auf die Empfehlung der Hülleschen Schriften durch den Präsidenten des Reichsversicherungsamts zu sprechen. Den sozialdemokratisch gesinnten Kranken in den Anstalten könne eine solche Lektüre nicht zugemuthet werden. Der Redner bemängelt sodann die Höhe der Renten, tritt für Abkürzung der Karenzzeit ein und sucht nachzuweisen, daß die Belastung der Arbeitgeber hierdurch nur geringfügig sein würde. Der Direktor im Reichsamt des Innern v. Woedtke betont, die Behauptung des Vorredners, daß die Unternehmer nur auf ihren Profit sähen und die Renten herabdrückten, sei unrichtig. Die Unfälle hätten im Allgemeinen zugenommen, und deshalb sei der Durchschnit der Rente zurückgegangen. Dagegen hätten die schweren Unfälle erfreulicherweise abgenommen, weshalb weniger Vollrenten hätten gewährt werden können. Die Unfallversicherung in Verbindung mit der Unfallverhütung habe eben dazu beigetragen, die schweren Unfälle zu vermindern. Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) bedauert, daß die Versicherungsnovelle im vorigen Jahre nicht Gesetz geworden sei, da sie viele Verbesserungen enthalten habe. Hoffentlich werde die Vorlage im nächsten Jahre wieder eingebracht werden. Die Abkürzung der Karenzzeit sei leichter zu fordern als zu gewähren, denn die Kranken müßten vor Mißbrauch geschützt werden. Es